Krakauer Zeitung.

Nr. 73. Donnerstag den 29. März 1866.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr.
Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: **Haasenstein & Vogler** in **Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg** und **Wien.**

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. beginnende neue Quartal der

„Krakauer Zeitung."

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1866 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den k. k. Contreadmiral Alphons Ritter von Wissiak als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den lombardisch-venezianischen Centraldeputirten Johann Baptist Ferrari als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 23. März d. J. dem Statthaltereirathe in Venedig Antonio Nobile Muzani in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. März d. J. dem Werkmeister Joseph Neumayer, der Monturshauptcommission, bei seinem Uebertritte in den Ruhestand, in Anerkennung seiner langen und sehr belobten Dienstzeit das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Pensionirung:

Der Premier-Wachtmeister der ersten Arcieren-Leibgarde, Oberst Anton v. Ivichich.

Quittirung:

Der Rittmeister erster Classe Alexander Ritter von Lenzendorf, des Dragonerregiments Eugen Prinz v. Savoyen Nr. 1, mit Majorscharakter ad honores.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. März.

Die „Wiener Abendpost" macht auf den inneren Widerspruch aufmerksam, in welchen heute die ministeriellen Berliner Blätter zu einander stehen. Während nämlich die „Kreuz-Zeitung" geneigt ist anzunehmen, daß sich die friedlichen Symptome gemehrt hätten, hat die „N. Allg. Ztg." die Zuvorkommenheit bereits den vollständigen Kriegsplan für Oesterreich zu entwerfen und die militärischen Dispositionen im Namen der österreichischen Armeeführer zu treffen. Unglücklicher Weise haben die strategischen Versuche der „N. Allg. Ztg." in den heute eingetroffenen Berliner Blättern nicht die rechte Würdigung gefunden und die „Nat.-Ztg." ist unhöflich genug, zu bemerken, daß diese willkürlichen Ausführungen weiter keine Beachtung verdienten.

Die „Zeidl. Corr." vom 27. d. hält die Lage der Dinge für ernst; die Krisis, weit entfernt abzunehmen, scheine vielmehr in der Steigerung begriffen zu sein. Wenn Oesterreich gerüstet ist, so zwingen es die Finanzverhältnisse rasch anzugreifen. Die preußische Regierung habe dies in ernste Erwägung gezogen. Ein anderer Artikel derselben Correspondenz sagt: Je mehr Oesterreich den Conflict zu einer Machtfrage spitze, um so mehr entziehe er sich der Competenz des Bundes.

Einer angeblichen Aeußerung des Königs von Preußen bei der Generalitätencour an seinem Geburtstage wird eine den Friedensaussichten betrübende Bedeutung beigelegt. Das „Vaterland" erzählt: Nach der Cur habe sich der König, nachdem er den Ernst des Momentes stark hervorgehoben, an einen alten Bekannten, der indeß nicht allein stand, gewendet und diesem in rascher, sonst dem Könige seltenen Art gesagt: „Sie wissen, was ich in Karlsbad aussprach, in Gastein wiederholte. Man macht mich zu einem Mittelstaatskönig, wenn man jetzt unser Preußen aufhält. Ich habe das auch dem Kaiser bereits gesagt." Daß der Wunsch der Herzogthümerfrage im Interesse Preußens bestmöglich auszunutzen in voller Lebhaftigkeit besteht, haben wir nie bezweifelt. Vom Wunsch bis zum Entschluß, jeden Preis, selbst die eines Bruderkrieges, an dessen Erreichung zu setzen, ist es jedoch weit, sehr weit!

Ein Berliner Corr. der „Debatte" schreibt: Dem König war und ist das Bündniß mit Oesterreich Herzenssache und ein Krieg gegen den bisherigen Alliirten müßte ihm abgerungen werden. Daß von anderen Seiten ein solcher Krieg gewünscht, daß dafür gearbeitet worden, werden Sie besser wissen, als ich es Ihnen sagen kann, allein in diesem Augenblicke wenigstens überwiegen die friedlichen Chancen. Gleichwohl ist es doch kein kühnes Wagniß, wenn man behauptet, die jetzige Phase sei nur ein leichter und haltloser vorübergehender Augenblick. Das Provisorium in den Herzogthümern ist nicht mehr zu halten, ein Definitivum ist dringendes Bedürfniß und ein Definitivum mit gänzlicher Uebergehung der nationalen Wünsche in jenen Ländern, wie man sie hier für möglich, ja vielleicht für wünschenswerth hält, ein Unding. Darum wird und muß es, wenn man hier nicht nachgeben will, zu erneuten Conflicten kommen, denen kein zweites Gastein eine Gränze setzen dürfte. Dies ist die Anschauung in hiesigen diplomatischen Kreisen, in denen man auch die Ueberzeugung festhält, daß entweder die Mittelstaaten oder gar außerdeutsche Mächte trotz alledem und alledem über kurz oder lang an die Frage herantreten werden. Es handelt sich nicht um eine Entscheidung zwischen den beiden Großmächten, eine solche herbeizuführen vermöchten diese selbst im vollsten Umfange, sondern es handelt sich um das moralische Gewicht, welches für die gefährdete Selbstständigkeit eines ansehnlichen und achtbaren Theiles des deutschen Volkes in die Waage zu werfen ist. Das ist, so weit es von hier erkennbar, der österreichische Standpunct, und deshalb darf sich Oesterreich auf die ganze öffentliche Meinung in Deutschland und Preußen selbst stützen. Die Position ist also für das hier herrschende System äußerst ungünstig und Graf Bismarck am allerwenigsten der geeignete Mann, diese Position zu halten, er zählt außerhalb der feudalen Kreise in Preußen nirgends Anhänger, und seiner sonst, gerade in Momenten der Verlegenheit gezeigten Kühnheit, über Alles hinwegzusetzen, was ihm in den Weg tritt, stellen sich diesmal Hindernisse entgegen, die eben nicht so leicht zu beseitigen sind. Man darf daher begierig sein, wie sich die Dinge friedlich lösen lassen werden. Daß Großbritannien zur Intervention geneigt ist, darf nicht bezweifelt werden, Frankreich dagegen, das steht unwiderruflich fest, hält wenigstens jetzt den Moment zum Interveniren noch nicht für gekommen, es hat erst neuerdings erklären lassen, es werde seine bisher beobachtete Neutralität nicht aufgeben, bis eine Gefahr für das europäische Gleichgewicht vorhanden sei.

Das englische Cabinet hat, wie verlautet, schon ein zweites Mal Veranlassung genommen, und zwar diesmal dem preußischen Botschafter in London gegenüber, eine ernste Friedensmahnung an Preußen zu richten. Graf Bernstorff hat mit der Betheuerung geantwortet, daß bekanntlich Oesterreich allein es sei, welches den Frieden bedrohe. Merkwürdig bleibt es immerhin, schreibt die „Debatte", daß England hartnäckig die Gefahr für den Frieden in Berlin zu suchen fortfährt.

In Londoner politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die europäischen Schwierigkeiten zu einem Congresse führen müssen. Man versichert, daß die englischen Staatsmänner für die Congreßidee günstig gestimmt sind und daß Gladstone kürzlich als von einer nothwendigen und bevorstehenden Ausführung derselben gesprochen hat.

Die „France" bringt einen in Anbetracht der officiösen Stellung des Blattes bemerkenswerthen Artikel, in welchem über Bismarck selbst und über seine Bestrebungen in unbedingter Weise der Stab gebrochen wird. „Was will Bismarck?" fragt die „France." „Er will zwei Dinge, denen zu Liebe er weder vor den Schrecken eines Krieges, noch vor einer Erschütterung Europa's zurückschreckt. Er will den Absolutismus in Preußen wieder herstellen unter dem Prestige militärischer Siege und nöthigenfalls mit der Gewalt der Waffen. Er will das ganze Deutschland unter preußische Suprematie stellen. Die directe Veranlassung aller der nach außen gerichteten Abenteuer Bismarcks ist der innere Conflict. Bismarck hofft mit einem Krieg nach außen den legitimen Widerstand zu brechen, den ihm die Opposition im Innern entgegensetzt. Bismarck glaubt ein neuer Cavour zu sein. Er träumt ein geeinigtes Deutschland unter preußischem Scepter. Eitler Wahn eines excessiven Ehrgeizes!" Die „France" stellt dann Vergleiche zwischen Cavour und Bismarck an, die, wie begreiflich, nicht zum Vortheile des letzteren ausfallen. Während die „France" Cavour mit allen unbestreitbaren Attributen eines großen Mannes ausstattet, sieht sie in Bismarck nichts Anderes, als einen Staatsstreichmacher, der, um seine persönlichen Leidenschaften zu befriedigen, die Zukunft seines Vaterlandes und den Frieden der Welt aufs Spiel setzen würde. Die Bestrebungen Cavours fanden Sympathie, aber jene Bismarcks werden überall demselben Gefühle der Mißbilligung begegnen und gewiß, wagt er es, den Krieg zu erklären, so wird er allein ihn durchkämpfen müssen. „Er findet vor sich und gegen sich Deutschland, welches nicht durch den preußischen Despotismus absorbirt werden will, Europa, das nicht gestört werden will durch Abenteuer, die die friedlichen Interessen und das Gleichgewicht der modernen Gesellschaften erschüttern. Wir glauben, daß Bismarck durch den kriegerischen Anstrich, den er seiner Politik zu geben liebt, vor diesem doppelten Hinderniß und vor dieser doppelten Gefahr zurückschrecken werde." Bemerkenswerth ist, was die „Köln. Ztg." zu diesem „France"-Artikel äußert. Sie sagt: „Das preußische Volk, so denken wir in aller Bescheidenheit, hat dabei auch ein Wort mitzureden. Es hat eine Verfassung, es muß die Mittel zum Kriege bewilligen. Und es will keinen Krieg, der sich mit Ehren vermeiden läßt. Es will ganz entschieden keinen Angriffskrieg."

Mit Bezug auf die zwischen Berlin und Florenz gesponnenen Fäden berichtet man aus Florenz, der französische Gesandte Baron Malaret habe den Ministerpräsidenten Lamarmora darauf aufmerksam gemacht, daß Italien im Falle eines durch dasselbe provocirten Krieges mit Oesterreich nicht im Entferntesten auf die Unterstützung Frankreichs rechnen dürfe und die allenfallsigen Folgen dieses abenteuerlichen Unternehmens nur sich allein zuzuschreiben haben werde. Die italienische Regierung solle sich nicht allzu tief mit Preußen einlassen.

Ueber das Recht der Elbherzogthümer hatte die „Baier. Ztg." in ihren Artikeln zur Kriegsfrage die Ansicht aufgestellt, dasselbe würde jedenfalls verloren gehen. Auch wenn Preußen unterläge, würden die Herzogthümer beim Friedensschlusse nur „ein Compensationsobject" bilden. Die „Wochenschrift der baierischen Fortschrittspartei" macht hiergegen geltend, die erste Bedingung einer Uebereinkunft der Mittel-Staaten mit Oesterreich müßte die sein, daß das Wiener Cabinet sich bindend verpflichte, keinen Frieden zu schließen, der nicht die Herzogthümer sich selbst zurückgebe. Daß die „Wochenschrift" den deutschen Bürgerkrieg nur mit Widerstreben als möglich betrachtet, ist selbstverständlich.

Am 20. d. soll in Frankfurt eine Zusammenkunft verschiedener mittelstaatlicher Minister (genannt werden Herr v. Varnbüler, Freiherr v. Dalwigk und Herr v. Edelsheim) und zwar unter Beiziehung der Vertreter Oesterreichs stattgefunden haben.

Wie wir der „D. Allg. Ztg." entnehmen, ist Staatsminister v. Beust nach München abgereist.

Aus München wird gemeldet, daß Frankreich auf die Haltung der Mittelstaaten Einfluß zu nehmen bestrebt sei. Zu keiner Zeit war der Courrier- und Depeschenwechsel der Münchener französischen Legation mit Paris, Frankfurt und den beiden Residenzen der deutschen Großmachts-Souveräne so lebhaft, wie jetzt.

In einem Schreiben des „Frmdbl." aus Baiern heißt es: An eine blutige Schlichtung der Differenzen zwischen Wien und Berlin hat man an einem eingeweihten süddeutschen Hofe keinen Augenblick geglaubt; das Säbelgerassel des Grafen Bismarck wurde nur in Scene gesetzt um die europäischen Mächte auszuforschen, in wie weit sie eine Vergrößerung des deutschen Bundes für zulässig erachteten. Sind wir recht unterrichtet, so wird man diese Frage dadurch umgehen, daß Schleswig als freies außer dem Bund verbleibendes Land an Preußen gegeben und Holstein, das im Bunde verbleibt, der Bundesversammlung zur Verfügung gestellt würde. In diesem Sinne soll die Frage durch den Bund gelöst werden. Diese allgemeinen Umrisse der zwischen Wien und Berlin getroffenen Vereinbarung werden uns von guter Seite als authentisch mitgetheilt; über die Einzelnheiten verlautet jedoch noch nicht das Geringste, aber mehr als wahrscheinlich ist, daß einer der größeren Mittelstaaten mit mehreren anderen einen Antrag an den Bund bringen wird, welchen die beiden Mächte mit Vorlage ihrer neueren Abmachungen beantworten werden.

„Die Verweisung der Frage an den Bundestag ist der Krieg." Die „Köln. Ztg." führt diesen Satz in folgender Weise aus: Wenn Oesterreich jetzt das Schicksal der Herzogthümer dem ohnmächtigen Bundestage anheimgeben wollte, so würde das ein sicheres Zeichen sein, daß es jede Hoffnung aufgibt, sich mit Preußen zu verständigen. Daß Preußen auf seine Ansprüche verzichten sollte, wenn es Oesterreich gelänge, eine Mehrheit am Bundestage sich zu verschaffen, daran ist gar nicht zu denken. Wenn irgend ein Grundsatz beim König Wilhelm feststeht, so ist es der, sich nicht in Frankfurt majorisiren zu lassen. Oesterreich kann also, wenn es seine ganze bisherige Politik aufgibt und mit auffälligster Inconsequenz die schleswig-holstein'sche Angelegenheit, die es vor zwei Jahren aus den Händen des deutschen Bundes nahm, in dieselben zurücklegt, schlechterdings nichts Anderes bezwecken, als wie 1850 einen anständigen Vorwand aufzufinden, um im Namen des deutschen Bundes Krieg an Preußen zu erklären. Diese Aeußerungen des rheinischen Blattes charakterisiren wohl die Situation, aber sie haben keine logische Richtigkeit. Da nun einmal eine Basis zur Verständigung zwischen Wien und Berlin nicht gefunden werden kann, weil der Standpunct der beiden Cabinete bezüglich der Forderungen Preußens ein unvereinbarer ist, so muß man, beweist das „N. Frmdbl.", an einen dritten Factor appelliren, um dem Kriege auszuweichen, und dieser Factor kann nur der Bundestag sein, wenn man nicht eine deutsche Angelegenheit in's Ausland verlegen will.

Wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird, wird die Donaufürstenthümer-Conferenz erst nach Ostern in die eigentliche Berathung der unterdessen zur Vertheilung unter die Conferenzmitglieder gelangten verschiedenen Vorschläge schreiten.

Der „Deutschen Nordseezeitung" wird aus Paris geschrieben, daß die Bevollmächtigten einstimmig als Basis der Verhandlungen das Princip der Integrität der Türkei aufstellen und die türkische Botschaft aufgefordert wurde, die Ansichten der Pforte in ihrer Eigenschaft als suzeräne Macht über die Reorganisation des Regiments in den Donaufürstenthümern darzulegen. Dieses Exposé und andere Eröffnungen sollen sodann von Seiten der Bevollmächtigten der Garantiemächte ad referendum genommen sein und muß die Conferenz nun mit der dritten Sitzung so lange aussetzen, bis die Bevollmächtigten die deshalb verlangten Informationen von ihren Regierungen erhalten haben. Rußland dürfte vielleicht der einzige Staat sein, der Schwierigkeiten in den Verhandlungen über diese an sich höchst schwierige Frage machen möchte. Das russische Cabinet habe von Anbeginn sich nicht sehr geneigt gezeigt, die Sache vor eine Conferenz zu bringen; es hätte lieber gesehen, wenn vorläufig mit einem türkischen Commissär Delegirte der Garantiemächte in den Fürstenthümern selbst zusammengetreten wären und wenn man die Conferenz so lange vertagt hätte, bis die Enquete dieser Herren beendet gewesen, dann aber sollte die Conferenz auch in Constantinopel gehalten werden. Rußland hätte auf diese Weise seinen vollen Einfluß sich gesichert, der ihm nun in der Sache entzogen ist.

Der „K. Z." wird aus Paris geschrieben: Es hat noch keine zweite Sitzung der rumänischen Conferenz Statt gefunden. Die Ansichten der Mächte scheinen stark auseinander zu gehen, wenn auch allem Anschein nach das Gerücht ungenau ist, nach welchem Preußen, Rußland und Italien sich von den übrigen Mächten zur Verfolgung eines speciellen Programms getrennt hätten.

Bei Dentu in Paris ist unter dem Titel: „les principautés devant la conférence" soeben eine Broschure erschienen, welche von den Repräsentanten der Donaufürstenthümer ausgehen soll. Sie ist in sehr stolzem Tone gehalten. „Wir verlangen, so heißt es u. A., die Aufrechthaltung der Union, die vollständige Autonomie der Fürstenthümer unter einem von der Pforte unabhängigen fremden Fürsten. Das mag die Conferenz bedenken. Die Rumänen sind entschlossen, von den Schutzmächten nicht den geringsten Zwang zu erdulden. Gibt man uns einen Hospodar, den wir nicht wollen, so werden wir zu den Waffen greifen. Cusa hat sieben Jahre regiert, der neue Fürst soll nicht sieben Wochen auf dem Throne sich halten. Will man Gewalt gegen uns brauchen, so müssen Truppen einrücken; wessen? Rußlands? Dann mögen die Schutzmächte erwägen, ob sie jemals die Soldaten des Czaren wieder hinausbringen. Oesterreichs? Dagegen wird das St. Petersburger Cabinet Protest erheben. Türkische? Desto besser; wir sehnen uns danach, mit den Janitscharen des Sultans uns zu messen und sie mit blutigen Köpfen heimzuschicken. Oder etwa russische, österreichische und türkische Soldaten gemeinschaftlich: dann ist die orientalische Frage mit Einem Schlage in den Vordergrund gerückt und muß gelöst werden in einem Augenblicke, wo außer Rußland keine europäische Großmacht die Hände frei hat".

Die Nachricht, daß der päpstliche Nuncius in Paris, Msgr. Chigi, von seinem Posten abberufen werden soll, bestätigt sich keineswegs. Den Anlaß dazu bot die vom Papste ausgesprochene Absicht, den Prälaten zum Cardinal zu erheben, mit welcher Würde gewöhnlich die päpstlichen Diplomaten belohnt zu werden pflegen, welche sich ins Privatleben zurück-

ziehen. Briefe aus Rom berichten jedoch, daß der Heil. Vater nicht daran denkt, sich der Dienste zu berauben, welche ihm Msgr. Chigi auf seinem gegenwärtigen Posten in Paris leistet.

Seit einiger Zeit, schreibt man der „A. A. Z.", sollen wieder in Rom Intriguen im Gange sein, um den Papst zu veranlassen, noch vor Abzug der Franzosen sich von Rom hinweg und entweder nach Belgien, Spanien oder Frankreich zu begeben. Die legitimistische Partei, welche diesen Plan befürwortet und mit allen Kräften an dessen Verwirklichung arbeitet, möchte dadurch eine Gährung unter den Katholiken hervorbringen, die eine Intervention der Mächte zu Gunsten des Papstes herbeiführen müßte. Andererseits soll der Plan auch ein Streich gegen die Napoleonische Dynastie sein, welche durch das Märtyrerthum Pius' IX. compromittirt würde. Vorerst sind indeß noch keine Anzeichen vorhanden, daß der Papst geneigt wäre, Rom zu verlassen.

Die Madrider „Correspondencia" dementirt die Gerüchte von einer Ministerkrisis und fügt hinzu, daß der Marschall O'Donnel das vollständige Vertrauen der Königin genieße. Auch sei das Cabinet durch die Unterstützung der Kammern vollständig befähigt, alle vorliegenden Fragen zu lösen.

Aus Constantinopel wird berichtet, daß der Vicekönig von Aegypten zur Ueberwachung der Häfen Djeddah, Yambo und Bona, eine Maßregel, die in der internationalen Sanitätscommission beschlossen wurde, die Pforte mit drei Kriegsschiffen unterstützen will.

Mit dem nächsten aus Mexico eintreffenden Packetboot wird der Entwurf des Budgets erwartet, welches von dem mexicanischen Finanzminister Herrn Langlais zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben beantragt ist. Es wird ferner gemeldet, daß das am Ende dieses Monats in Southampton erwartete Paketboot dem Hause Gebrüder Baring in London den Antheil der Zolleinnahmen in den Monaten Jänner und Februar überbringen wird, welcher für die Zinsen der englisch-mexicanischen Schuld bestimmt ist. Diese gewissenhafte Erfüllung der im Jahre 1851 eingegangenen Verbindlichkeiten wird nicht verfehlen, auf die Hebung des mexicanischen Credits in London den günstigsten Einfluß zu üben.

Vom La Plata wird gemeldet, daß durch die Vermittlung des Gesandten der Vereinigten Staaten in Assuncion Friedensverhandlungen angeknüpft seien, die hoffentlich zu einem guten Ziele führen werden.

Landtagsangelegenheiten.

[56. Sitzung des galizischen Landtages am 21. März 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr Vorm.

Anwesend: 131 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung interpellirt der Abg. v. Kozłowski das Landtags-Bureau, weshalb die gedruckten stenographischen Landtagsberichte über die 10 letzten Sitzungen im Hause noch nicht vertheilt wurden. Dies lasse sich durch die Menge der Drucksachen nicht erklären, weil mit dem Druck der stenographischen Berichte eine Druckerei, mit den anderen Drucksachen dagegen andere Druckereien beschäftigt sind. Der Interpellant ersucht das Bureau, dahin wirken zu wollen, damit die rückständigen Berichte in der kürzesten Zeit gedruckt und vertheilt werden, weil sie in den Commissionen, wo man sich oft auf die in früheren Sitzungen gefaßten Beschlüsse und auf Motivirungen der Anträge berufen muß, benöthigt werden.

Dr. Sawczyński erklärt im Namen des Bureaus des Landmarschalls, alle Drucksachen seien zu Anfang der Session der Staatsdruckerei übergeben worden, weil sie die größten Materialvorräthe und die größten Arbeitskräfte hat. Im December sei diese Druckerei ihren Verpflichtungen nachgekommen, später aber, als trotz der Anwendung aller möglichen Mittel von Seite des Landtags-Bureaus zur Beschleunigung der Drucksachen solche in der Staatsdruckerei lange liegen blieben, wurde der größere Theil derselben an andere Druckereien überlassen, so daß nur die stenographischen Berichte der Staatsdruckerei geblieben sind. Aber auch der Druck dieser Berichte wird trotz den Bemühungen des Bureaus verzögert. Die Sache lasse sich nur damit erklären, daß die Leitung der Staatsdruckerei darauf nicht Einfluß nimmt, damit die Auflage der stenographischen Berichte beschleunigt werde.

Der Landmarschall erklärt, daß er auf die Beschleunigung der Drucksachen dringen werde.

Hierauf werden die neuerdings eingelaufenen Petitionen von Nr. 216 bis 2340 vorgelesen.

Zur Tagesordnung übergehend, legt Abg. v. Boczkowski im Namen des Landesausschusses einen umfassenden Bericht in zweifacher Richtung vor, und zwar: 1) in Betreff der Einsetzung der Unterstützungs-Centralcommission und Bildung der Bezirks-Comité's durch diese Commission, sowie über die bisherige Thätigkeit dieser Hilfsorgane auf Grundlage des aus dem Staatsschatze angewiesenen Darlehens von 500.000 Gulden; 2) über die Durchführung der Unterhandlungen mit verschiedenen Creditinstituten und Bankhäusern im Zwecke der Realisirung des weiteren Anlehens von 2½ Millionen Gulden ö. W. Der Landesausschuß hat gleich nach der Annahme des Nothstandsgesetzes noch vor dem Herablangen der A. h. Sanction in den von der Hungersnoth heimgesuchten oder bedrohten Gegenden Vertrauensmänner zur schleunigen Mittheilung ihrer Ansicht über den gegenwärtigen Nothstand und zur Bezeichnung der Ortschaften aufgefordert, welche schon damals eine Unterstützung aus dem von der k. k. Regierung dem Landesausschusse mit Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellten Fonde dringend brauchten. Gleichzeitig hat der Landesausschuß das k. k. Statthalterei-Präsidium um Mittheilung der auf die Nothstandsfrage Bezug nehmenden Acten ersucht, welche für die einzusetzende Centralcommission ein schätzenwerthes Material sein konnten. Als die Berichte einzulangen begannen, setzte der Landesausschuß im Sinne des §. 8 des Nothstandsgesetzes am 31. December die Central-Commission aus 8 Mitgliedern und 4 Ersatzmännern zusammen. Zu Mitgliedern der unter dem Vorsitze des Landmarschalls bestellten Commission wurden ernannt: Se. Exc. Agenor Gf. Gołuchowski, Se. Exc. der Erzbischof Litwinowicz, Casimir Gf. Krasicki, k. k. Hofrath Friedrich Ritter v. Bukassovich, Dr. Marzel Madejski, Vlad. v. Borkowski, Dr. Florian Ziemiałkowski und Joseph Kolischer; Ersatzmänner die Herren: Joseph Breuer, Thad. Wiśniewski, Joseph Kulczycki und Sigmund v. Kozłowski. Diese Commission hat sich durch Berufung der Ersatzmänner an Stelle der HH. Cas. Gf. Krasicki und Dr. Ziemiałkowski, welche resignirt haben, ergänzt, ihre Thätigkeit unverzüglich begonnen, die Vorsitzenden der Comité's ernannt und sie nach Maßgabe des Bedarfs mit Geldmitteln aus dem mit A. h. Entschließung vom 11. December v. J. angewiesenen Darlehen von 500.000 fl. versehen. Bis nunzu wurden in den von der Mißernte am härtesten betroffenen Gegenden 50 Bezirks-Comité's in den Kreisen Czortkow, Kolomea, Stanislau, Brzeżan, Złoczow, Tarnopol, Stryj, Sanok und Przemyśl aufgestellt, und es wurden bis 20. März d. J. für dieselben flüssig gemacht:

a) auf nicht rückzahlbare Unterstützungen 60.535 fl.
b) „ rückzahlbare Unterstützungen . 289.150 „
c) „ zur Aussaat . . . . 360.000 „
zusammen im Baren . . 709.685 fl.

Außerdem wurde einzelnen Bezirken zum Ankauf des zur Aussaat bestimmten Getreides ein Credit im Betrage von . 79.000 fl. eröffnet. Ueberdies wurde, um das Steigen der Getreidepreise zu hindern, ein bedeutendes Quantum Getreides zur Aussaat im In- und Auslande um den beiläufigen Betrag von 300.000 fl. angekauft und in den Magazinen untergebracht.

Abgesehen von der letzterwähnten Ausgabe wurden bis zum 20. März d. J. zu Unterstützungszwecken verwendet . . . . 788.685 fl. und da das aus dem Staatsschatze ertheilte Darlehen blos . . . . . . 500.000 „ beträgt, so wurde der Mehrbetrag von 288.685 fl. schon aus dem weiteren Anlehen von 2½ Millionen gedeckt, aus welcher Quelle auch die weiter auf Unterstützungen erforderlichen Geldmittel geschöpft werden.

Ueber den Abschluß des Anlehens schildert der Bericht den ganzen Verlauf der mit anerkennenswerthem Eifer und mit Sachkenntniß von dem dazu durch den Landes-Ausschuß bevollmächtigten Delegaten Hrn. Wladimir von Borkowski geführten Verhandlungen. Seine eifrigen Bemühungen fanden in den höchsten Regierungskreisen, namentlich im Staats- und Finanz-Ministerium die geneigteste Unterstützung und wurden von dem günstigsten Erfolge gekrönt. Denn die dem Lande von Sr. k. k. Apost. Majestät mit der a. h. Entschließung vom 4. Februar l. J. allergnädigst gewährten Berücksichtigungen lassen sich in 5 Puncte zusammenfassen: 1) Die Staatsgarantie, bezüglich der Amortisirung des Capitals nach dem Tilgungsplane und bezüglich der gebührenden Interessen, 2) Bewilligung zur Emission von auf bestimmte Namen oder auf Vorzeiger lautende Partial-Schuldverschreibungen, sogar unter 100 fl. und zwar in Beträgen zu 50 und 20 fl.; 3) Befreiung der Obligationen und Coupons von den Stempelgebühren und der Einkommensteuer; 4) die Zusicherung, daß die Obligationen und Coupons bei der Zahlung directer Steuern in Galizien und im Krakauer Gebiete im ⅙ Theil der Steuer-Gebühr im Nominalwerthe angenommen werden und dies unter der Bedingung, daß die Obligationen und Coupons ebenfalls al pari zu Zahlungen des Staatsschatzes an den galizischen Landesfond verwendet werden; endlich 5) die Uebernahme der Berichtigung der über 5 % betragenden Zinsen von dem Nominal-Werthe des erwähnt n Anlehens von Seite des Staats-Schatzes.

Diesen ausnahmsweisen bedeutenden Berücksichtigungen nud Vortheilen verdankt das Land hauptsächlich und überwiegend, daß das Anlehen nicht nur zu Stande gebracht werden konnte, sondern überdies unter verhältnißmäßig günstigen Bedingungen abgeschlossen wurde.

Der Referent schließt seinen Bericht mit folgenden Worten: „Aus dieser Darstellung wolle die h. Versammlung die Ueberzeugung schöpfen, daß sich der Landesausschuß mit diesem das ganze Land so lebhaft interessirenden Gegenstande mit einem der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Angelegenheit entsprechenden Eifer befaßt hat und befaßt; daß er insbesondere vor den aus der gegenwärtigen allgemeinen Stockung des Geldverkehres herrührenden Schwierigkeiten nicht in Schrecken gerieth und das Anlehen von 2½ Mil. in der thunlichst kürzesten Zeit und unstreitig unter sehr günstigen Bedingungen für das Land zum erwünschten Resultat führte — was wir den unermüdlichen Bemühungen unseres Delegaten Herrn Wladimir v. Borkowski, wie nicht minder der wohlwollenden und eifrigen Unterstützung Sr. Exc. des Herrn Statthalters, so wie den aufrichtigsten Absichten des Herrn Staats- und des Herrn Finanz-Ministers — vorzüglich und haupsächlich aber der wahrhaft väterlichen Sorgfalt und Gnade Sr. Majestät des Kaisers selbst, namentlich der allergnädigsten Ertheilung so wichtiger Concessionen für unsere zu emittirenden Schuldverschreibungen, so wie der allerhuldreichsten Uebernahme der 5 % übersteigenden Zinsen dieser Landesschuld auf den Staatsschatz, zu verdanken haben."

Das ganze Haus nahm den Bericht mit lauten Zeichen dankbarer Anerkennung an und es erhob sich die ganze Versammlung, als der Landmarschall den Antrag stellte, damit das Haus eine Deputation wähle, welche im Namen des Landtags und des Landes zu Handen Sr. Exc. des Herrn Statthalters den tiefsten Dank Sr. k. k. Apost. Majestät für diesen Act der väterlichen Sorgfalt für das Land zu unterbreiten hätte.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf beantragt Abg. L. v. Skrzyński, von Seite des Landesausschusses Ihren Excellenzen den Herren Ministern Grafen Belcredi und Larisch, dem Sectionschef im Finanzministerium Herrn v. Becke und dem Hrn. Wladimir v. Borkowski für ihre wohlwollenden Bemühungen den Dank auszudrücken. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. v. Bocheński beantragt, der Landmarschall möge selbst die Mitglieder der Deputation bestimmen und bittet zugleich den Landmarschall, sich an die Spitze dieser Deputation stellen zu wollen.

Dem zufolge ladet der Landmarschall Se. Exc. den Erzbischof Litwinowicz, den Bischof v. Manastyrski, Se. Excellenz den Grafen Gołuchowski, Alfred Grafen Potocki und die Abg. Kowbasiuk und Demkow zu dieser Deputation ein.

Hierauf wurde zur Berathung des Gesetzes über die Bezirksvertretung und über die Bezirkswahlordnung geschritten.

Das Einführungsgesetz wurde nach dem Commissionsentwurfe ohne Debatte angenommen. Sodann schritt man zur speciellen Debatte über das Gesetz über die Bezirksvertretung.

Der Titel sowie der §. 1 werden ohne Debatte angenommen. Zu §. 2, welcher von dem Gebiete der Bezirksvertretungen handelt, stellt Abg. v. Trzeciecki das Amendement, es sei den Bezirksvertretungen freizustellen, sich in Abtheilungen zu sondern oder auch untereinander gemeinschaftlich zu vereinigen. Das Amendement fand keine Unterstützung und wurde §. 2 des Entwurfes angenommen. Die §§. 3, 4 und 5 werden ohne Debatte angenommen.

Zu §. 6 über die Zusammensetzung der Bezirks-Vertretung stellt Abg. Geringer das Amendement, damit in die zweite Gruppe auch die Gutspächter als landwirthschaftliche Unternehmer aufgenommen werden.

Dagegen erklärt sich Abg. Ławrowski, da das größere Grundeigenthum bereits in der ersten Gruppe vertreten sei, daher in der zweiten Gruppe durch Aufnahme der Gutspächter nicht zum zweiten Male, also doppelt vertreten sein könne.

Der Herr Regierungscommissär bemerkt, das Amendement des Abg. Geringer widerspreche dem im Art. 19 des Gesetzes vom 5. März 1862 aufgestellten Grundsatz, wornach zu der zweiten Gruppe nur Personen aus dem Handels- und Gewerbestande gehören können.

In Folge dieser Erklärung zieht Abg. Geringer sein Amendement zurück und wird §. 6 des Entwurfes angenommen.

Zu §. 7 über die Zahl der Mitglieder der Bezirksvertretung stellt Abg. Ławrowski das Amendement, damit der bezügliche Paragraph der Regierungsvorlage angenommen werde, welcher die Anzahl der Bezirksvertreter nach dem Verhältnisse der Bevölkerung normirt.

Abg. Gf. Adam Potocki beantragt die Zahl der Vertreter von 36 auf 26 zu vermindern.

Der Herr Regierungscommissär erklärt, weshalb er bezüglich einzelner Bestimmungen der Regierungsvorlage über das Gemeindegesetz nicht das Wort ergriffen habe, obwohl im Laufe der Debatte zu wiederholten Malen von einzelnen Seiten auf dieselben Bezug genommen wurde. Der Grund liegt darin, daß die vom Landtage eingesetzte Commission sich mit dem Hrn. Regierungscommissär in's Einvernehmen gesetzt habe, um von ihm die nöthigen Aufklärungen sowohl in Betreff der wesentlichen als auch der untergeordneten Puncte des Entwurfes einzuholen. Die Commission habe seine Bemerkungen in Betreff der principiellen Puncte bereitwillig berücksichtigt und ihren Entwurf im Einklange mit der Anschauung der Regierung, ausgearbeitet. Minder wesentliche Modificationen wurden von der Regierung beanständet und die Commission erklärte die diesfälligen Abweichungen während der Debatte zu motiviren. In Anbetracht dessen halte die Regierung keinen Grund auf Beseitigung der minder wesentlichen Modificationen zu bestehen, und deshalb werde auch der Redner, um die Debatte nicht unnöthiger Weise in die Länge zu ziehen, diese Modificationen von seinem Standpuncte aus nicht anfechten, sondern die Entscheidung dem h. Hause anheimstellen.

Nach dieser Erklärung des Hrn. Regierungscommissärs wurde der Antrag des Abg. Ławrowski abgelehnt und §. 7. mit dem Amendement des Gf. Potocki angenommen.

Die übrigen §§. des Gesetzes über die Bezirksvertretungen wurden mit wenigen und unwesentlichen Aenderungen nach dem Commissionsentwurfe angenommen.

Schluß der Sitzung um 2½ Uhr Nachmittag. Nächste Sitzung Donnerstag um 9½ Uhr Morgens. Tagesordnung: Berathung der Wahlordnung für die Bezirksvertretungen. Bericht der Administrativ-Commission in Betreff der Maßgaben. Berathung über das Gemeindestatut der Stadt Lemberg.

Ueber die Sitzung des galizischen Landtages vom 27. d. wird telegraphisch gemeldet: Die Vorlage der Administrationscommission betreffend den Antrag Smolka's wegen Steuerzuschlagszahlung der Landeseisenbahnen im Lande wurde mit einigen von der Commission selbst proponirten Redactionsänderungen angenommen. Folgt sodann die Berathung über das Landesbudget. In der Generaldebatte proponirt Starowiejski die theilweise Uebertragung der Landeszuschläge auf die indirecten Steuern; wird als selbstständiger Antrag dem Landesausschusse zugewiesen. Gniewosz beantragt die ausnahmsweise Gestattung von Virements im diesjährigen Landesbudget. Die einzelnen Posten werden wenig verändert angenommen. Schließlich beantragt Adam Potocki, den Landesausschuß mit einer Vorlage wegen der Propinationsablösung zu beauftragen, was angenommen wird. Abends Sitzung.

Die „Gaz. nar." motivirt in ihrem Leitartikel vom 27. d. die Frage, weßhalb der galizische Landtag nicht eine Adresse, sondern eine Bitte an die Krone um eine Kanzlerschaft für Galizien unterbreitet, folgenderweise: Im Septembermanifest kündigte Se. Majestät an, daß er vorerst mit Ungarn unterhandeln, und das Resultat dieser Unterhandlungen den legalen Vertretern der Kronländer, d. i. den Landtagen unterbreiten wird. Gegenwärtig legen die Ungarn ihre Adressen, ihre Wünsche der Krone vor, und die andern Kronländer warten das Ergebniß dieser Unterhandlungen ab. Wenn die Unterhandlungen mit Ungarn beendet sein werden und die Krone — wenn der Ausgleich zu Stande kommt, ihn dem Landtage vorlegt, dann haben die Landtage auch ihre Wünsche zu formuliren und die Mittel anzugeben, wie sie mit der Reichseinheit zu vereinbaren wären, dann werden die Landtage eigentliche Adressen an die Krone beschließen. Gegenwärtig, meint das Blatt, sei die Form einer Bitte an die Krone am zweckentsprechendsten, weil nur Eine Frage hervorgehoben wird. Wenn die e Bitte erhört werden wird, würde dann bei Erledigung der Angelegenheit über „die Organisirung des Staates und das Verhältniß der einzelnen Kronländer zur Reichseinheit im Rathe der Krone der galizische Kanzler seinen Sitz einnehmen und die Interessen Galiziens vertreten, ferner die Adresse unterstützen, in welcher auch der galizische Landtag laut Manifest vom 20. September 1865 seine Wünsche zu formuliren hat.

In Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten, namentlich der finanziellen Gegenstände, soll Herr Deak, einer Wiener Correspondenz der „Indep. belge" zufolge sich mit den bedeutendsten politischen Männern seines Landes zu folgendem Vorschlage geeinigt haben: Ungarn würde einen eigenen Finanz-Minister haben, der mit dem Reichsfinanzminister in Verbindung stehen würde; zum Ressort des letzteren sollen die Civilliste, die Staatsschuld und die auswärtigen Angelegenheiten mit Inbegriff der Zölle und der Handelsangelegenheiten gehören; zu den allgemeinen Staatsausgaben würde von Seite Ungarns der Ertrag der indirecten Steuern und der Monopole gewidmet sein. Was die indirecten Steuern betrifft, so würde Ungarn die darauf bezügliche Gesetzgebung und Gebarung für sich in Anspruch nehmen, ebenso wie deren Verwendung für die Landesbedürfnisse, mit dem Vorbehalte jedoch, einen entsprechenden Theil davon eventuell den allgemeinen Bedürfnissen zuzuwenden.

Ein Agramer Telegramm der „Debatte" vom 27. d. meldet: Der zum Deputirten des Agramer Landtages nach Pest designirte Abgeordnete Dr. Branicani ist heute verschieden. Da der Landtag zur Zeit vertagt ist, wird Croatien am ungarischen Reichstage nur durch eilf Deputirte vertreten sein, und dürfte auch eine Neuwahl schwerlich vorgenommen werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. März. Se. Majestät der Kaiser empfingen gestern Vormittags die Herren Minister und nahmen die Vorträge derselben entgegen. Um 11 Uhr wurde Se. Excellenz der vorgestern Abends halb 10 Uhr in Begleitung des Obersten Ritter v. Wocher aus Agram hier angekommene Banus von Croatien, FML. v. Sokcsevic, von Sr. Majestät in besonderer Audienz empfangen.

Wie ein hiesiges medicinisches Blatt meldet, wird Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie sich heuer zum Curgebrauche nach Karlsbad begeben.

Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Victor trifft heute Vormittags halb 10 Uhr mit dem Schnellzuge der Westbahn aus Salzburg hier ein.

Aus Venedig wird geschrieben, daß in dem Befinden der kranken Prinzessin Katharina von Oldenburg fortschreitende Besserung vorhanden ist, so daß sich in der großfürstlichen Familie die Hoffnungen auf die Erhaltung der Prinzessin mehren.

Die Versammlung der deutschen Forst- und Landwirthe findet in Wien vom 14. bis 19. Mai statt. Die vier Plenarversammlungen werden im Redoutensaale stattfinden. Excursionen werden unternommen: auf die kaiserliche Domäne Mannersdorf und die gräflich Harrach'schen Gärtnereien und Parkanlagen zu Bruck, auf die fürstlich Liechtenstein'schen Besitzungen Feldsberg und Eisgrub, auf die Herrschaft des Erzherzogs Albrecht zu Ungarisch-Altenburg und in die landwirthschaftliche Anstalt daselbst, auf die gräflich Karolyi'sche Herrschaft Thot-Megyer, auf die herzoglich Koburg'sche Herrschaft Dürnkrut und die gräflich Kinsky'sche Herrschaft Matzen, in die kaiserlichen Reviere Dornbach und Kirling, in den kaiserlichen Thiergarten ꝛc.

Nach czechischen Blättern hätten in Schlackenwörth Excesse gegen Israeliten stattgefunden, und zwar am 17. d. M. gegen einen Fleischer und in der Nacht zum 20. gegen einen anderen Israeliten. Letzterem soll man ein Kreuz mit Blut an das Haus gemalt und die Fenster eingeschlagen haben. Die deutschen Blätter, auch die officielle „Pr. Ztg.", erhielten hierüber keine Nachricht.

Nach der „Prager Ztg." hat der Landesgerichts-Präsident Dr. Ernst Waidele Edler v. Willingen sein Mandat als Landtagsabgeordneter für den Landgemeinden-Wahlbezirk Luditz-Buchau niedergelegt.

Kurz nach der bekannten Przibramer Affaire und den ersten Judenhetzen in Böhmen, schreibt man aus Klattau vom 23. d., wurde in dem hiesigen Stadtpark der Statthaltereirath und Kreisvorstand Trnka, ein allgemein geachteter Mann, an einem Baume in effigie (in Gestalt einer Puppe) aufgehenkt vorgefunden, und es fehlte auch sonst nicht an aufrührerischen Plakaten. Die empörende Nachricht über die Verunglimpfung seiner Person griff Herrn Trnka so sehr an, daß er trübsinnig und nach wenigen Tagen — wahnsinnig wurde. Heute Früh verfiel der Statthaltereirath bereits in Tobsucht, mußte an das Bett geschnallt werden und befindet sich seit 12 Uhr Mittags auf dem Wege in die Prager Irrenanstalt.

Wie aus Graz gemeldet wird, hat Se. Majestät die Auflassung des dortigen selbstständigen Militär-Transporthauses allergnädigst anzuordnen geruht.

In Agram wird vom 3. des künftigen Monats unter der Redaction des bekannten Abg. Voncina ein neues politisches Journal „Sviet" erscheinen.

Ein griechischer Berichterstatter aus Santorin bedauert in seinem — freilich noch vom 23. Februar datirten — Bericht, daß seine weiteren Beobachtungen durch die Abfahrt des österr. Kanonenbootes „Reka" nach Rio beeinträchtigt wurden, wohin es sich „vielleicht aus Besorgniß vor einem neuen Ausbruche begeben habe, obwohl die Steine bisher nicht über Neu Cameni hinausgegangen seien, das 400 Meter von dem Orte Scala entfernt liege, wo die „Reka" stationirt gewesen sei." Diese Vermuthung des Berichterstatters war, wie wir bereits hervorgehoben, eine ganz irrige. Die „Reka" war nur nach Rio gegangen, weil sich der Commandant mit den anderen Commandanten der fremden Kriegsschiffe darüber besprechen wollte, was sie zu thun gesonnen wären. Die „Reka" kehrte hierauf wieder nach Santorin auf ihren früheren Posten zurück, der ein so unangenehmer war, daß das Schiff von dem Qualm und Rauche derart belästigt und unrein gemacht wurde, daß eine außerordentliche Reinigung vorgenommen werden mußte, und mehrere Leute der Mannschaft an den Augen zu leiden anfingen. Kein anderes Kriegsschiff hatte sich so sehr in die Nähe des Phänomens gewagt und so lange daselbst ausgeharrt, wie die „Reka": Wie nützlich und bereitwillig sich die Offiziere der „Reka", besonders Schiffslieutenant Baron La Motte, bei den Beobachtungen erwiesen, haben die französischen Delegirten der Akademie der Wissenschaft am deutlichsten gezeigt, indem sie die zuletzt aufgetauchte Insel mit dem Namen „Reka" tauften. Die Ankunft dieser Gelehrten war wirklich von großem Nutzen für die Studien, da die griechische Commission gleich nach der ersten Eruption, von einigen in ihrer Nähe gefallenen Steinen erschreckt, nach Athen zurückkehrte, von der Regierung aber wieder nach Santorin zurückgeschickt, von dem Fenster ihrer Wohnung aus ihre Beobachtungen anstellte. Wie gesagt, die „Reka" kehrte von Rio wieder auf ihren Standort zurück, verblieb noch ein paar Tage auf demselben, und ging dann erst, da für die Bewohner von Santorin nichts zu besorgen war, nach Piräus, da ihre Hauptaufgabe die ist, dem österreichischen Geschäftsträger zur Verfügung zu stehen. In der ganzen Bevölkerung von Santorin herrscht nur eine Stimme über das muthige und umsichtige Vorgehen der „Reka".

Deutschland.

Aus Schleswig wird berichtet, daß General v. Manteuffel an die verwitwete Fürstin v. Noer und an den Prinzen Friedrich v. Noer ein Schreiben richtete, worin er über die bekannten Krusendorfer Vorgänge sein Bedauern ausdrückt und erklärt, jede Verantwortlichkeit für dieselben ablehnen zu müssen, da er zur Zeit in Dienstgeschäften abwesend gewesen.

Die österreichische Corvette „Erzherzog Friedrich" ist am 26. d. Morgens um 9 Uhr in Bremerhafen wohlbehalten vor Anker gegangen. Es scheint, daß dieselbe, die am 19. d. den Kieler Hafen verlassen hat, durch die stürmische Witterung der letzten Tage in ihrer Fahrt gehindert worden ist.

Die in Hannover tagende deutsche Civilproceß-Commission hat am 24. d. die letzte Berathung des Entwurfs beendet und erübrigt nur noch die Erledigung einiger Formalien in den ersten Tagen nächster Woche.

Das Speyerer Seminar betreffend brachte die „Allg. Ztg." vor Kurzem die Nachricht, es sei aus Rom eine die Angelegenheit erledigende Antwort eingetroffen. Dem „Corresp. v. u. f. D." wird aus „authentischer Quelle" mitgetheilt, daß die Nachricht unrichtig ist und die genannte Angelegenheit zur Zeit noch bei der römischen Curie in Schwebe sich befindet.

Die Conferenzen von Vertretern der deutschen Mittel- und Kleinstaaten in Würzburg aus Anlaß der nächstjährigen Pariser Industrieausstellung sind bereits beendigt worden Der Zweck der Conferenzen ist erreicht und hinsichtlich der Raumvertheilung, des Kostenpunctes und der Vertretung der einzelnen Staaten in Paris die Uebereinstimmung erzielt worden.

Der jüngst nach Mailand als preußischer Generalconsul von Berlin abgegangene Schramm, bekannt aus dem Jahre 1848 wegen seines Radicalismus, soll, wie wir in der „Bresl. Ztg." lesen, von seinem Posten wieder abberufen werden. Bekanntlich hat er der Feier des 1848er Aufstandes in Mailand beigewohnt. Die „Bresl. Ztg." gibt als Grund seiner Abberufung an, daß er auf demselben viel Unzufriedenheit unter den in Mailand lebenden Protestanten erregte.

Frankreich.

Paris, 26. März. Weder der kleine, noch der große „Moniteur" zeigen den Tod der Königin Marie Amalie, Wittwe Louis Philippe's, an. Auch „Constitutionnel" und „Pays" schweigen darüber. Die „Union" kann auch jetzt am Sarge der Dahingeschiedenen ihre kleinen legitimistischen Marotten nicht lassen, indem sie mit ganz besonderer Affectation sie nur als Gräfin Neuilly anredet und sorgfältig ihr sowohl, wie Louis Philipp selbst, jeden königlichen Titel vorenthält. Die übrigen Blätter, selbst die, welche der kleinen Presse angehören, führen eine würdige, ernste Sprache, die ihnen zur Ehre gereicht. Das „Evénement" zeigt an, daß einer seiner Redacteure nach England gereist sei, um bei dem Leichenbegängnisse die Königin zu vertreten. Den am ausführlichsten Artikel über diesen Todesfall bringt das „Journal des Débats" aus der Feder von Cuvillier-Fleury, der gegenwärtig Mitbewerber von Henry Martin um einen akademischen Sessel ist. — Léon Plée schreibt im „Siècle" von ihr: ..... „Die Bescheidenheit ihres Lebens und der unausgesetzte Kummer hatten aus ihr eine der eben so schmerzensvollen als großartigen Erscheinungen gemacht, auf welchen selbst inmitten der Stürme unseres Lebens der Blick des Moralisten und des Geschichtsschreibers haften bleibt. Am Rande eines so reinen Grabes gibt es keine Parteien mehr." — Man erwartet für morgen im „Moniteur" die Ankündigung, daß die Minister sich über den Gesetzvorschlag bezüglich der Departemental- und Gemeinde-Verwaltung verständigt haben. Präfecten und Maires erhalten nach oben hin eine größere Freiheit der Bewegung, nach unten hin aber werden sie ihre Regierungsthätigkeit um so gründlicher ausüben können.

In Paris cursiren noch immer Gerüchte von außerordentlichen Maßregeln, namentlich soll die Auflösung des legislativen Körpers bevorstehen. Der Wunsch danach soll von einigen der exaltirtesten Mitgliedern der Majorität, Granier de Cassagnac an der Spitze, geäußert worden sein. Diese Herren sollen die Absicht haben, mit diesem Rathe direct vor den Kaiser zu treten. (?) Zu gleicher Zeit aber gehen die entschiedenen Mitglieder der Thiers-Partei, wie Latour Dumoulin, Thalhouet, Janzé ꝛc. mit dem Plane um, ihrerseits ebenfalls an das Land zu appelliren, indem sie, dem Beispiele Bussière's folgend, ihr Mandat niederlegen würden.

Italien.

Ueber die Volkstumulte in Barletta (im Neapolitanischen), darüber das Ministerium interpellirt wurde, erfährt man jetzt Näheres. Die großartigen Tumulte fanden am 23. l. M. statt. Es besteht dort seit zwei Jahren eine evangelische Schule; vor dieser versammelte sich eine große Masse Volkes, welche die wenigen aus der Schule tretenden Protestanten mit Steinen und Stöcken unter dem Geschrei: Es lebe der Papst! bearbeiteten. Was fliehen konnte, floh, aber nur Wenige waren so glücklich; einige wurden auf's Uebelste zugerichtet; selbst der Unterpräfect mußte mit einigen Beamten auf die Terrasse und von dort in ein anderes Haus steigen; das Volk warf nach dem Flüchtigen mit Steinen, von welchen er auch verwundet wurde. Der wüthende Pöbel eilte hierauf zum Hause eines Protestanten und tödtete denselben. Dasselbe Schicksal traf auch den Hausherrn, welcher das Volk besänftigen wollte; die Möbel wurden zerstört und das Haus selbst den Flammen übergeben; ein zweites Haus wurde gleichfalls angezündet. Am 24. l. M. marschirten ein Paar Bataillone in Barletta ein, und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen: unter den Verhafteten befinden sich einige Priester. Als Haupträdelsführer wird ein Frater, Namens Ruggiero Sostiglione bezeichnet. Am nächsten Tage schien die Gefahr einer Collision mit den Truppen groß, da neue Schaaren die Stadt durchzogen, welche schrieen, man solle ihre verhafteten Genossen und die Priester befreien; indeß wußten die Truppen Blutvergießen zu verhindern.

Rußland.

Laut Bekanntmachung der Regierungscommission für innere und geistliche Angelegenheiten im Königreich Polen wird im Herbst l. J. in Warschau eine Blumen- und Früchteausstellung veranstaltet werden, wobei Prämien in goldenen, silbernen und Bronze-Medaillen, Belobungsschreiben und in Geldsummen festgesetzt werden. Mit der Errichtung dieser Ausstellung und Erledigung der einschlägigen Thätigkeiten wird ein besonderes Comité unter Vorsitz des ständigen Mitglieds im Staatsrathe des Königreichs Polen, Leon Dembowski betraut. Ort und Tag der Ausstellungs-Eröffnung wird seiner Zeit bekannt gemacht werden.

Ueber das am 2. December v. J. bestätigte Project der Eisenbahnrichtung von Orle nach Kursk wurde unterm 13. v. vom Kaiser die Verordnung erlassen, daß die zum Bau dieser Bahn nöthigen Gründe und Privatbesitzungen gegen vorgeschriebene Entschädigung eingenommen werden sollen.

Am 13. v. ist die Schiffsbrücke in Włocławek aufgestellt und die Communication auf derselben eröffnet worden.

Donaufürstenthümer.

Wie aus Bukarest, 27. d., gemeldet wird, hat das Geschwornengericht den ehemaligen Post- und Telegraphendirector Liebrecht zu zehnjährigem Kerker und Schadenersatz im Betrage von 1.568,000 Piastern verurtheilt.

In der legislativen Versammlung beschäftigte man sich letzter Tage mit verschiedenen fremden Unterthanen, namentlich Franzosen und Engländern, von Seite des Fürsten Cusa mittelst Decret ertheilten Concessionen. Diese Concessionen, welche dem Lande finanzielle Lasten auflegen, ohne halbwegs entsprechende Vortheile in Aussicht zu stellen, konnten nur auf dem Wege der Bestechung damals einflußreicher Persönlichkeiten erlangt werden. Das Eigenthümliche bei der Sache ist, daß dieselbe Versammlung, welcher vor Kurzem in ihren, von Ergebenheit für die Regierung des Fürsten Cusa überfließenden Adressen ihm zu den von ihm ertheilten Concessionen Glück wünschte und die fürstlichen Decrete billigte, heute gegen den von der damaligen Regierung befolgten Vorgang ankämpft und diese Concessionen als nicht in legaler Weise gegeben rückgängig machen will. Der diplomatische Vertreter Frankreichs hat den Auftrag, darauf zu dringen, daß die französischen Unterthanen gegenüber der von der früheren Regierung eingegangenen Verpflichtungen bei ihrem Recht erhalten werden.

Ueber Frau Marie „Obrenovicz", die seit der Gefangennahme und Absetzung des Fürsten Cusa eine gewisse Berühmtheit erlangt, entnehmen wir ein Bukarester Schreiben des „Fremdenblattes" folgende angeblich ganz verläßliche Daten: Marie Obrenovicz ist in der Moldau geboren; ihr Vater ist der gewesene Minister Catargiu; das jetzige Mitglied der provisorischen Regierung gleichen Namens ist ein naher Verwandter von ihr. Sie ist also keine Serbin, wie mehrfach behauptet wurde, sondern eine echte Wallachin. Sie war mit dem Neffen des verstorbenen Fürsten Milosch, M. E. Obrenovicz, der Capitän in einem romanischen Cavallerie-Regiment war, verheiratet, mit dem sie jedoch nur einige Jahre zusammen lebte und einen Sohn hatte. Im Jahre 1855 wurde sie gesetzlich von ihrem Manne geschieden, und verlor, wie dies im Erkenntniß ausdrücklich ausgesprochen ist, das Recht, den Namen ihres Mannes zu tragen; das Erkenntniß wurde ihr auch unter dem Namen Marie Catargiu zugestellt. Laut Urtheil konnten beide Eheleute zu einer zweiten Ehe schreiten. Als Milosch wieder zur Regierung Serbiens gelangte, bediente sie sich, lediglich aus Sonderinteressen, ungesetzlicher Weise dann und wann des Namens Obrenovicz. Im Jahre 1860 starb ihr geschiedener Mann; das Kind aus ihrer Ehe war bis zum Tode des Vaters bei letzterem. Jetzt wird dieser Knabe auf Kosten der Mutter seines Vaters in Paris erzogen. — Marie Catargiu war nie in Serbien, und usurpirt unrechtmäßiger Weise das Prädicat, eine Serbin zu sein.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 29. März.

• Am ersten Osterfeiertage findet in der Auferstehungs-Kirche auf dem hiesigen Friedhof früh um 10 Uhr ein feierlicher Gottes-Dienst nebst Predigt, Nachmittags 4 Uhr Vesperandacht und Predigt statt. Bekanntlich wurde in dieser Kirche allmonatlich am ersten Sonntag vor dem Hochaltar Gottesdienst abgehalten, an welchen ein vom hl. Vater Pius IX. verliehener Ablaß geknüpft ist, der so viel wir wissen, in Rom von dem Gründer der Kirche Freiherrn Helcel v. Sternstein ausgewirkt worden. Außerdem werden durch Bemühung und Stiftung mehrerer Privatpersonen Seelenmessen jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag celebrirt. Hinsichts der Besetzung an den anderen, ähnlicher Stiftungen noch entbehrenden Tagen Montag, Dinstag und Sonnabend, können die betreffenden Brüderschaften oder Bürger die nöthige Auskunft von dem Stifter der Capelle erhalten. Bis jetzt ist auch noch die Stelle eines Capellans derselben unbesetzt und die Geistlichen müssen den weiten Weg zur Abhaltung des Gottesdienstes oft im schlechtesten Wetter zu Fuße machen. Ein bestallter Kirchhof-Capellan würde auch erforderlichen Falls das Geleit bei Armen-Begräbnissen geben können. Der frühere städtische Ausschuß hatte, wie der „Czas" erinnert, gleich nach Stiftung dieser Kirche die Erbauung eines Hauses zur Priester-Wohnung genehmigt. Die betreffenden Acten birgt das Archiv des Magistrats. Der „Czas" sieht der Ausführung des Beschlusses mit dem Frühling entgegen.

• Am 28. d. verstarb hier der Sohn des Stadtphysikus Dr. Mohr, k. k. Oberlieutenant im Regimente „Erzherzog Carl" Nr. 3, Eduard Maria Mohr im 27. Lebensjahr. Das feierliche Begräbniß findet morgen 30. d. um 4 Uhr Nachm. vom Hause Nr. 173 der Taubengasse aus statt.

• Die auf morgen fallende Mondesfinsterniß ist nur für Amerika eine totale, für uns wird kaum die Hälfte der Scheibe verfinstert sein. Die Verfinsterung beginnt hier nach Krakauer Zeit um 3 Uhr 5 Min. Morgens und endet um 6 Uhr 57 Min.

• Am 23. d. Mts. gerieth das einstöckige Hauptwohngebäude am Rzeszower Bahnhofe vor 7 Uhr Abends aus bisher noch nicht constatirter Ursache in Brand und die Flammen verbreiteten sich bei dem eingetretenen heftigen Sturmwinde in kurzer Zeit über das ganze Dach dieses Gebäudes. Den angestrengten Bemühungen des zur Rettung herbeigeeilten Publikums, dann des dort garnisonirenden Militairs, welches mit Aufopferung an der Dämpfung des Feuers sich betheiligte und der Thätigkeit der als Feuercommissäre bestellten Bürger gelang es jedoch, das Feuer zu localisiren, wodurch die sehr nahe gelegenen hölzernen Magazine und bedeutende Holzvorräthe verschont geblieben sind. Der Brand dauerte bis um Mitternacht. Die Erhebung über die Ursache des Entstehens dieser Feuersbrunst ist im Zuge.

α Die zur Durchführung neuer Wahlen vom Lemberger Gemeinderathe ausgesetzte Commission machte der k. k. Statthalterei den Vorschlag, hinsichtlich des vom Landtag beschlossenen Gemeindestatuts für Lemberg, dessen Sanctionirung zu erwarten sei, und in Folge dessen wieder neue Wahlen stattfinden würden, die gegenwärtigen Wahlen bis dahin zu vertagen.

α Herr Joseph Promiński hat zu Handen des Grafen Agenor Gołuchowski 120 fl. ö. W. als Einnahme von der in Drohobycz am 6. d. zum Besten der durch Hungersnoth bedrohten Einwohner Galiziens stattgefundenen von Dilettanten aufgeführten musikalischen Soirée eingesandt, wofür ihnen die Centralnothstandscommission in einem von dem Fürsten Leo Sapieha unterzeichneten Schreiben den wärmsten Dank ausspricht.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Nach dem letzten Wochenausweis der österreichischen Nationalbank hat der Notenumlauf seit dem 21. d. wieder um 1,405.855 fl. abgenommen, ebenso haben sich der Escompte 1,744.145 fl., die Darlehen um 179.600 fl. und die eingelösten Pfandbriefe um 190.066 fl. verringert. Vermehrt haben sich nur die am Schlusse des Monats baar zu begleichende Forderung der Bank aus dem Hypothekaranweisungsgeschäfte um 721.640 fl., der Metallschatz um 101.571 fl. und die eingelösten Coupons von Grundentlastungs-Obligationen um 7.370 fl.

Wien, 28. März, Nachm. 2 Uhr. Metalliques 59.65. — Nat.-Anl. 62.40. — 1860er Lose 78.25. — Bankactien 713. — Credit-Actien 138.60. — London 105.—. — Silber 104.25. — Ducat 5.02.

Breslau, 28. März. Amtliche Preis-Notirungen für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 58—81, gelber 56—75. Roggen 51—53. Gerste 39—48. Hafer 25—30, Erbsen 52—62. — Raps (per 150 Pfund Brutto) 260—285, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 240—270. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 190—216.

Berlin, 27. März. Böhmische Westbahn 66½. — Gal. 74. Staatsb. 106. — Freiwill. Anlehen 99. — 5perc. Met. 58 — Nat.-Anl. 60½. — Credit-Lose 72½. — 1860er-Lose 75¾. — 1864er Lose 45¼. — 1864er Silber-Anleh. 64¼. — Credit-Actien 67¼. — Wien 95.

Frankfurt, 27. März. 5perc. Met. 57¾. — Anlehen vom Jahre 1859 66¾. — Wien 112¼. — Bankactien 810. — 1854er Lose —. — Nat.-Anleh. 59½. — Cred.-Actien 157. — 1860er Lose 75¾. -- 1864er Lose 80¼. — 1864er Silber-Anlehen 64. — American. 74¾.

Hamburg, 27. März. Nat.-Anl. 60. — Credit-Act. 66¼. — 1860er Lose 75. — Wien 70.50. — Americ. fehlt.

Paris, 27. März. Schlußcourse: 3percentige Rente 68.57. — 4½perc. Rente 97.25. — Staatsbahn 396. — Credit-Mobilier 676. — Lombard 407. — Oesterr. 1860er Lose — —. — Oesterr. Anleihe 335.—. — Piemont. Rente 60.70.

Consols 87 gemeldet.

Amsterdam, 27. März. Dort verz. 72¼. — 5perc. Met. $53\frac{1}{16}$. -- 2½perc. Met. $27\frac{7}{16}$. — Nat.-Anl. $56\frac{3}{16}$. — Silber-Anlehen $59\frac{1}{16}$. — Wien —.

London, 27. März. Schluß-Consols 86⅞. — Lomb. Eis.-Actien —. — Silber 61. — Wien 10.80. — Türkische Consols 37¼. — Angl. Aust. —. — Amer. fehlt.

Liverpool, 27. März. (Baumwollmarkt.) Umsatz 5.000 Ballen. Orleans 19½. — Fair Dholl. 16¼. — Middl. Fair Dholl. 15¼. — Middl. Dholl. 14¾. — Bengal —. — Oomra 15¾. — Aegypt. 23½. — Georgia 19. — Pernam 20.

Lemberg, 26. März. Holländer Ducaten 4.92 Geld, 4.99 Waare. — Kaiserliche Dukaten 4.94 Geld, 5.02 W. — Russischer halber Imperial 8.57 G., 8.69 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.58 G., 1.61 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.31 G., 1.33 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.54 G., 1.57 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 61.25 G., 62.25 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 64.33 G., 65.33 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 62.83 G., 63.67 W. — National-Anlehen ohne Coup. 62.50 G. 63.25 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 153.25 G. 155.67 W.

Krakauer Cours am 28. März. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 124 verl. 121 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 84 verlangt, 82 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 514 verl., 504 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 132 verl., 129 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 155½ verl., 153½ bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 97½ verl., 96½ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 104½ verl., 103½ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.02 verl. 4.92 bez. -- Napoleondors fl. 8.45 verl., fl. 8.30 bez. — Russische Imperials fl. 8.65 verl., fl. 8.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 64.— verl. 63 — bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 67.— verl., 66.— bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 65.50 bez 64.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 158.— verl., 154.— bez.

Neueste Nachrichten.

Pest, 28. März. „Napló" erklärt in einem neuerlichen Artikel, warum die „Debatte" bei Gelegenheit der zweiten Adresse unterblieben sei; es geschah dies, damit die Commissionen sich um so eher constituiren können. Dasselbe Blatt erfährt, die Septemviraltafel habe das Delegationsgesuch des fürstlich Eßterházy'schen Sequesters und der Fideicommißcuratoren bewilligt und die königl, Tafel als Gericht delegirt. „Lloyd" meldet, Bischof Haas sei gestern Nachmittags verschieden.

Köln, 28. März. Die gestrige Bürgerversammlung war von 300 Personen besucht. Vorsitzender war Abg. Reggen. Es wurde eine umfangreiche Erklärung angenommen, deren Hauptpuncte verlangen: der Friede solle erhalten, ein deutsches Parlament aus freien Volkswahlen berufen werden und über die Elbe-Herzogthümer nach Hörung der Bevölkerung entscheiden.

New-York, 17. März. Es wird versichert, daß 10,000 Mann englische Truppen in Halifax erwartet und nach Neu-Braunschweig marschiren werden. Die republikanischen Deputirten im Congresse unterstützen die Politik Johnsons.

Newyork, 17. März. Die Finanzcommission beantragt ein Amendement zur Finanzbill, wonach in Betreff einer Anleihe die auf das Ausland bezügliche Klausel wegfallen soll. Das Repräsentantenhaus hat das ganze Finanzgesetz verworfen. Die Finanzcommission beantragt eine Baumwollensteuer von 5 Cents per Pfund.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Lemberg, 27. März. [Abendsitzung.] Kraiński referirt im Namen des Landesausschusses über den Antrag des Grafen Heinr. Wodzicki wegen der durch eine Deputation zu überreichenden Majestätsbitte um Bestellung eines galizischen Hofkanzlers und empfiehlt den Antrag zu fast unveränderter Annahme. Graf Wodzicki motivirt seinen Antrag unter Berufung auf das Octoberdiplom und das Septembermanifest. Kuziemski opponirt im Namen der Ruthenen; er befürchtet von dem neuen Projecte ein störendes Eindrängen zwischen dem Monarchen und dem ruthenischen Volke, so wie eine nationale Vergewaltigung. Hierüber längere Debatte, worauf schließlich Referent Kraiński den Antrag vertheidigt und der von Kuziemski beantragte Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt wird. Hierauf verlassen die Ruthenen den Landtagssaal. Die Majestätsbitte wird sodann von den übrigen (85) Abgeordneten einstimmig angenommen und die Wahl einer Deputation von 5 Mitgliedern vollzogen. Das Wahlresultat ist noch unbekannt.

Dem „Czas" wird aus Lemberg, 28. d. Nachm., telegraphisch gemeldet: Die Deputation nach Wien bilden: Bischof Monastyrski, Graf Gołuchowski, Rector Majer, Dr. Czajkowski und Cichorz. Zum Stellvertreter des Ausschußmitgliedes wurde Laskowski gewählt. Der Landesausschuß erstattete Bericht über das Budget. Es wurden eine Unterstützung für die Ackerbau-Schulen in Dublany und Czernichów von je 5000 fl. ö. W., für die Restaurirung des Hochaltars der Marienkirche in Krakau 2000 fl. ö. W., für die physiographische Commission 1500 fl. ö. W., für das Blindeninstitut in Lemberg 500 fl. ö. W., für den Musikverein in Lemberg 500 fl. ö. W. genehmigt. Nächste Landtagssitzung am 12. April.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 27. bis zum 29. März.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Baron Arnolf Becs aus Boniowice, Severin Nowosielski aus Polen, Stanislaus Bialobrzewski aus Rawnice, Sigmund Kępiński aus Galizien, Kas. Konopka aus Biskupice, Jos. Zapalski aus Węgrzanowice, Wladyslaw Malinowski aus Wolynia, Graf Vincenz Bobrowski aus Poręba.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Baron Heinrich Konopka nach Galizien, Graf Titus Bobrowski nach Tarnow, Wladyslaw Dąbski nach Wojnicz, Graf Felix Romer, Baron Kas. Konopka und Wilhelm Koch nach Galizien.

Amtsblatt.

Kundmachung. (327. 3)

Die Herren Gläubiger des Rosoglio-Fabrikanten A. Tobias in Milówka, Kronland Galizien, über dessen Vermögen mit dem Beschlusse des hochlöblichen k. k. Landesgerichtes Krakau vom 11. Dezember 1865 Z. 23209 das Ausgleichsverfahren eingeleitet wurde, werden gemäß § 23 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 S. 97. R. G. B. hiemit aufgefordert, ihre aus was immer für einem Rechtsgrunde herrührenden Forderungen, in so ferne sie es noch nicht gethan haben, bis zum 30. April 1866 bei dem gefertigten Gerichts-Commissär sogewiß schriftlich anzumelden, widrigens sie im Falle ein Ausgleich zu Stande kommen sollte, von der Befriedigung aus allem der Ausgleichs-Verhandlung unterliegenden Vermögen, insoferne ihre Forderungen nicht mit einem Pfandrechte bedeckt sind, ausgeschlossen werden und den in den §§ 35, 36, 38 und 39 des obcitirten Gesetzes bezeichneten Folgen unterliegen würden.

Saybusch, am 20. März 1866.

Der k. k. Notar als Gerichts-Commissär
Dr. **Necki.**

L. 4186. **Ogłoszenie.** (323. 3)

C. k. Sąd powiatowy Bocheński ogłasza niniejszém, iż na żądanie Michała Mrozińskiego celem zaspokojenia należytości tegóż 434 złr. 25 c. z przyn. wyrokami równobrzmiącemi tego c. k. Sądu z 31 grudnia 1863 do l. 4808 i c. k. Sądu najwyższego w Wiedniu z 18 października 1864 do l. 8038 od p. Agnieszki Kryńskiéj temuż przyznanéj, przedsięwzięta zostanie przymusowa sprzedaż w drodze publicznéj licytacyi połowy realności w Bochni pod nr. 456/242 położonéj, p. Agnieszki Kryńskiéj własnéj, na sume 1456 złr. 50 c. a. w. sądownie oszacowanéj w trzech terminach, mianowicie 19 kwietnia, 17 maja i 15 czerwca b. r., zawsze o godzinie 10 przed południem w zabudowaniu tutejszego Sądu powiatowego.

Główne warunki licytacyjne są następujące:

a) Cenę wywołania stanowić będzie cena szacunkowa aktem oszacowania z dnia 18 listopada 1864 r. w wysokości 1456 złr. 50 ct. a. w. uzyskana niżéj któréj połowa realności téj w pierwszych dwóch terminach sprzedaną nie będzie, w trzecim terminie zaś nawet niżéj ceny szacunkowéj więcéj dającemu sprzedaną zostanie.

b) Chęć kupienia mający obowiązanym będzie złożyć do rąk Sądu wadyum w kwocie 72 złr. 83 c. w. a. w gotówce, lub w listach zastawnych galic. Towarzystwa kredytowego, lub też w obligacyach publicznych państwa według kursu w gazecie urzędowéj umieszczonego policzyć się mających, bez którego wadyum do licytacyi dopuszczonym nie zostanie.

Dalsze warunki licytacyi wolno jest w registraturze tego Sądu przejrzeć, lub w odpisie podnieść.

O czém się ogłoszenie z tém dołożeniem czyni, że wierzycielom tabularnym, którymby niniejsza uchwała z jakiegokolwiekbądź powodu doręczoną być nie mogła, lub któreby do hipoteki dopiéro po dniu dzisiejszym weszli, kurator ad actum w osobie p. Dra. Reinesa, adwokata krajowego w Bochni ustanowionym został.

Z c. k. Sądu powiatowego. Bochnia, 10 stycznia 1866.

Z. 1481. **Edict.** (328. 2-3)

Vom k. k. städt. deleg. Bezirksgerichte Teschen wird bekannt gemacht, daß die am 30. November 1864 im Hause Nr. 70 in Nieder-Zukau verstorbene Babette Tannenberg in ihrem schriftlichen Testamente dto. Teschen am 28. Juni 1864 ihren Pathen Carl Kühnel aus Troppau ein Legat von 100 fl. ö. W. und ihrer vormaligen Dienerin Veronika Peikert, verheirathet in Krakau ein Legat von 40 fl. ö. W. vermacht hat.

Da diesem Gerichte der gegenwärtige Aufenthalt des Carl Kühnel und der Veronika Peikert unbekannt ist, und die Universalerbin Julie Schmidt diese obigen beiden Legate zu Gerichtshanden erlegt hat, so wurde Hr. Dr. Sobieslaus Klucky, mähr.-schles. Landesadvocat in Teschen zu ihrem Curator bestellt, und die obigen Legate nach Abzug der Erbsgebühren im neuen gemeinschaftlichen Waisenamte fruchtbringend gemacht.

Hievon werden Carl Kühnel und Veronika Peikert mit dem Bedeuten verständigt, daß sie sich wegen Uebernahme ihres Vermächtnisses entweder selbst hiergerichts zu melden, oder hiezu einen Bevollmächtigten aufzustellen haben, widrigens bis dahin diese Legate auf ihre Gefahr und Kosten vom Hrn. Dr. Sobieslaus Klucky verwaltet und nach Ablauf von 30 Jahren als kaduk erklärt werden würden.

Teschen, am 16. März 1866.

Z. 43. **Edict.** (333. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte wird bekannt gemacht, daß im Zwecke der executiven Hereinbringung der durch Reisel Schneider, Chane Goldberger, Eidel Kleinroller und Chane Pinkersfeld wider die liegende Masse nach Esther Pinkersfeld ersiegten Forderung pr. 378 fl. ö. W. s. N. G. zur executiven Feilbietung der Realität CNr. 38/9 zu Klasno, drei Licitationstermine u. z.: auf den 25. Mai 1866, auf den 25. Juni 1866 und auf den 3. August 1866, jedesmal um 10 Uhr Vormittags ausgeschrieben worden sind, und solche im Gerichtshause nach den in der Registratur einzusehenden Bedingungen feilgeboten werden wird, und daß für die nach der Schätzung zum Grundbuche gelangten Gläubiger, und für die dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Erben, Joel Eibenschütz zum Curator bestellt worden ist.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.
Wieliczka, am 30. August 1865.

Z. 1968. **Kundmachung.** (330. 1)

Mit Beziehung auf den Erlaß des hohen k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirthschaft vom 13 Jänner 1866 Z. 16211/1114 ex 1865 wird der Ausweis über die im Königreiche Böhmen im Jahre 1864 zum Unterrichte der Schuljugend bestehenden Baumschulen und die Baumpflanzungen in Gärten, auf Hutweiden und an Wegen, welcher ein erfreuliches Bild der Zuname der Obstbaumpflanzungen und eine rege Theilname hieran von Seite der einzelnen Landwirthe und Gemeinden liefert, zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und zwar:

Name des Kreises	Baumschulen für die Schuljugend – Stand im Jahre 1864 – Zahl der Schulen	Area Joch	Zahl der Obst-Bäume	Zahl der Wild-Bäume	Obstbäume in Gärten	Obstbäume auf Hutweiden oder öden Plätzen – Zahl	Area Joch	Obstbäume an Wegen und Alleen	Wildbäume auf Hutweiden und öden Plätzen – Zahl	Area Joch	Wildbäume an Wegen und Alleen	Gesammtzahl der Obst-Bäume 1863	Obst-Bäume 1864	Wild-Bäume 1863	Wild-Bäume 1864
Budweis	107	17	65801	31831	606408	20235	545	36715	103317	625	178306	729768	729159	316969	313454
Bunzlau	127	20	21185	5956	616206	128696	802	121792	100432	299	43785	879082	887879	149711	150173
Chrudim	231	15	38027	19422	1124279	113190	869	167754	294949	1211	119368	1385515	1443250	411656	433739
Caslau	142	10	57598	24173	653010	131723	475	200856	151940	232	47109	1013276	1043187	212497	223222
Eger	187	7	33193	36513	341287	42213	276	52275	453065	275	94067	459025	468968	524706	583645
Jicin	55	2	7274	3076	956492	103682	251	309130	48465	50	49399	142247	1376578	128018	100940
Königgrätz	155	6	22287	13634	664182	124808	1511	163729	84600	2353	80945	979481	975078	177669	179179
Leitmeritz	120	16	50739	28606	1653727	195878	1329	310979	58757	1599	65959	2222325	2211323	143213	153022
Pilsen	154	12	59309	32451	533003	131772	631	210641	129410	359	43507	874588	934725	204725	205368
Pisek	48	6	46853	10402	445388	98629	349	109434	652329	3515	80662	666982	700304	740948	743393
Prag	147	29	64142	22409	2372222	390476	3237	382708	166532	1196	68862	3195461	3209548	269436	257803
Saaz	171	17	73356	40909	1081780	404104	3523	230788	189068	1740	57916	1765584	1790028	298575	287893
Tabor	99	19	24445	13371	438844	89889	541	141675	160726	301	72011	671993	694853	202723	246108
Summe . . .	1643	176	564209	282753	11486828	1975367	15339	2438476	2593590	13755	1001596	16265527	16464880	3779746	3877939
Vermehrung gegen 1863	21	3	48548	17989	59762	31042	117	60001	32601	124	47603	—	199353	—	98193

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 20. Februar 1866.

Nr. 8332.

Jahr 1866.

Neunte Verlosung

der Serien und Gewinn-Nummern des Prämien-Anlehens vom J. 1864 pr. **40,000,000** Gulden, welche am 1. März 1866 Statt gefunden hat.

Verzeichniss

der verlosten **9** Serien und der in denselben enthaltenen Gewinn-Nummern der Prämienscheine, auf welche ein Gewinnst-Betrag von mehr als **140** Gulden entfällt.

Nummern der verlosten Serien:
45. 1877. 2103. 2585. 2963. 3000. 3081. 3205. 3762.

Von diesen verlosten Serien entfällt auf den in der:

Serien-Nummer	enthaltenen Prämienschein Nummer	ein Gewinn von Gulden	Serien-Nummer	enthaltenen Prämienschein Nummer	ein Gewinn von Gulden	Serien-Nummer	enthaltenen Prämienschein Nummer	ein Gewinn von Gulden
45	32	400	2585	82	500	3081	15	500
	55	400		85	**50000**		30	400
	67	**1000**		89	**1000**		69	**1000**
	72	500	2963	6	500		76	400
	77	500		28	400		87	400
	94	400		38	400		89	**5000**
1877	64	500		39	**1000**		92	500
	66	500		47	400	3205	47	**5000**
2103	6	400		80	400		68	500
	18	400		90	400		74	500
	21	400	3000	7	400		79	400
	33	500		10	500		80	**10000**
	36	400		25	400		92	400
	37	400		34	400		93	400
	48	**2000**		36	**1000**	3762	7	**2000**
	73	**15000**		40	400		12	400
	82	500		45	**200000**		39	400
	89	400		47	400		46	400
	97	400		55	500		70	400
2585	71	**1000**		98	500		86	**2000**

Auf alle oben nicht angeführten Gewinn-Nummern der Prämienscheine, welche in den verlosten Serien enthalten sind, entfällt der geringste Gewinn von **140** Gulden. Die Auszahlung der planmäßigen Prämien erfolgt am 1. Juni 1866.

Verzeichniss

jener verlosten Serien des Prämien-Anlehens vom Jahre 1864, aus welchen Prämienscheine bis Ende Jänner 1866 zur Einlösung noch nicht beigebracht worden sind.

1. Verlosung Nr. 317. — 2. Verlosung Nr. 922, 1082. 1752. — 3. Verlosung Nr. 414, 813, 1309, 1528, 1892, 2571. — 4. Verlosung Nr. 96, 564, 757, 1577, 2312, 3850. — 5. Verlosung Nr. 1234, 1492, 1868, 2939, 3141, 3900. — 6. Verlosung Nr. 161, 290, 1269, 1484, 3483. — 7. Verlosung Nr. 169, 1160, 1504, 1740, 2681.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 23. März 1866. (331. 2-3)

L. 724. **Obwieszczenie.** (336. 1-3)

Podaje się do wiadomości, iż na dniu 10 kwietnia r. b. o godzinie 10 zrana odbędzie się w c. k. Urzędzie powiatowym powtórna licytacya na wypuszczenie od dnia 1 maja r. b. zacząwszy, w ośmioletnią dzierżawę młyna murowanego o 4 kamieniach na Podkamyczu w gminie Balice położonego wraz z gruntami wynoszącemi morgów 54 sążni kwadr. 859.

Za cenę wywołania na rok stanowi się kwotę złotych reńskich 700 w. a., z któréj 10tą część t. j. złr. 70 jako wadyum złożyć należy.

Dla ułatwienia konkurencyi przyjmować się będzie także pisane oferty przed licytacyą i podczas licytacyi.

Bliższe warunki w c. k. Urzędzie powiatowym odczytać można.

Z c. k. Urzedu powiatowego.
Liszki, 17 marca 1866.

Wiener Börse-Bericht

vom 27. März

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	55.50	55.60
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	62.90	63.10
vom April — October	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	59.80	60.—
dtto „ 4½% für 100 fl.	52.25	52.75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	140.—	141.—
„ 1854 für 100 fl.	75.75	76.25
„ 1860 für 100 fl.	87.80	88.20
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	70.40	70.60
„ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.—	16.50

B. Der Kronländer. Grundentlastungs-Obligationen	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	80.—	80.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	—.—	78.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	—.—	84.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.—	98.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	64.—	65.—
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	61.—	62.—
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	64.50	65.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	62.50	63.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	59.50	60.—
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	60.50	61.50

Actien (pr. St.)	Geld	Waare
der Nationalbank	721.—	723.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	140.20	140.40
der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W.	556.—	560.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1489.	1491.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	165.10	165.20
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	167.—	168.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	115.—	116.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	154.—	154.25
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	69.50	70.50
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	136.75	137.25
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	104.—	104.25
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	447.—	449.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	200.—	202.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	—.—	370.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	—.—	350.—

Pfandbriefe	Geld	Waare
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.50	105.—
der Nationalbank auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.80	89.—
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	84.70	84.80
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	61.—	62.—

Lose	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	113.25	113.75
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	78.—	79.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	108.50	109.50
„ „ zu 50 fl. CM.	47.—	47.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	22.—	23.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	70.—	75.—
Salm zu 40 fl. „	26.—	27.—
Palffy zu 40 fl. „	21.—	22.—
Clary zu 40 fl. „	22.50	23.50
St. Genois zu 40 fl. „	20.—	21.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	15.—	16.—
Waldstein zu 20 fl. „	18.—	19.—
Keglevich zu 10 fl. „	13.—	13.50
K. k. Hoffpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.—	12.50

Wechsel. 3 Monate. Bank- (Platz-) Sconto	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%	87.50	87.50
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. Währ. 4½%	87.50	87.75
Hamburg, für 100 M. B. 4%	77.50	77.75
London, für 10 Pf. Sterl. 6%	104.30	104.70
Paris, für 100 Francs 3½%	41.60	41.60

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	4	99	5	01
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	4	99	5	01
Krone	—	—	—	—	—	—	—	—
20 Francstücke	8	40	—	—	8	40	8	42
Russische Imperiale	—	—	—	—	8	60	8	65
Silber	—	—	—	—	103	75	104	—

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf n Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Änderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
28	2	331‴ 02	+ 3°0	59	W.-Nord-West schw.	trüb	Regen, Schnee	+0°6	+ 3°2
	10	31 08	+ 1,0	86	West schwach	„	Nachts Regen,		
29	6	31 60	0,0	94	Nord schwach	„	Früh Schnee		

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**